

Änderungsanträge der Fraktionen,
Ausschüsse und Ortsbeiräte zum
Haushaltsplanentwurf 2009

**Anträge der Ausschüsse, Fraktionen und Ortsbeiräte zum Haushaltsplanentwurf 2009
Verwaltungshaushalt**

lfd. Nr.	Haushaltsstelle	Bezeichnung d. Haushaltsstelle	beantragt von	bisher €	neu €	Veränderg. z. Hpl-Entwurf 2009 €	Votum FA	Votum HA	Auswirkung auf PE 2009
1.	57110	Freibäder	OB Weststadt						
2.	41410.74100	Hilfe zur Überwindung besonderer Schwierigkeiten	Behind.beirat	410.000	430.000	20.000			
3.	41280.74670	Eingliederungshilfe für psychisch Kranke	Behind.beirat	900.000	1.143.850	243.850			
4.	50000.59500	Gesundheitsförderung	Behind.beirat	1.200	10.000	8.800			
5.	50000	Aufstockung Psychosozialer Dienst	Behind.beirat			2 Stellen			
6.		Analyse der Kostenstruktur des ZGM und danach Vergleich mit mehreren vergleichbaren Anbietern	Behind.beirat						
7.	21000.63000	Unterrichts- und Lernmittel	Ausschuss Kultur, Schule und Sport	20.000	25.000	5.000			
8.	22000.63000	Unterrichts- und Lernmittel	Ausschuss Kultur, Schule und Sport	30.000	35.000	5.000			
9.	58100.67520	Erstattungen für den Bereich öffentliches Grün	Fraktion Die Linke	2.457.400	2.563.400	106.000			
10.	45210.76009	Zuschuss PK Jugendarbeit	Ortsbeirat Krebsförden						

Änderungsantrag zum Haushaltsplan-Entwurf 2009

1. Vermögenshaushalt

95 321 Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung

Ergänzen: Aufpflasterung vor der John-Brinkman-Schule und der Kita

Hopfenbruchweg

Gesamtbedarf: ? €

2. Verwaltungshaushalt

57 110 Freibäder

Für die Badestelle Lankower See Südufer ist kein Ansatz enthalten für

-die Pflege der Aussenanlagen

-die Toiletten

-die Wasserwacht

Ständig wiederkehrende Schreiben an die Stadtverwaltung und Anträge an die Stadtvertretung weisen die Dringlichkeit einer Lösung dieser Probleme nach.

Gez. Peter Schult

Wird von 20.1
ausgefüllt

Behindertenbeirat
Fachausschuss, Ortsbeirat, Fraktion

10.11.09
Datum

an 20.1

Änderungsantrag zum Haushaltsplan-Entwurf 2009
(ausfüllen pro Haushaltsstelle)

- Verwaltungshaushalt
 Vermögenshaushalt

In der Haushaltsstelle 41410-74100 sollte der Hpl-Ansatz 2009 in Höhe von 410 TE geändert werden auf 430 TE

Die Deckung erfolgt durch folgende Haushaltsstellen:

Haushaltsstelle	Bezeichnung	Hpl-Ansatz in € (bisher)	Hpl-Ansatz in € (neu)	Abweichung +/-

Die Verwendung gilt für folgende Haushaltsstellen:

Haushaltsstelle	Bezeichnung	Hpl-Ansatz in € (bisher)	Hpl-Ansatz in € (neu)	Abweichung +/-
<u>41410-74100</u>	<u>56B XII § 67, 68, 69</u>	<u>410.000</u>	<u>430.000</u>	<u>- 20.000,-</u>

Begründung:

Der Bedarf wird im HPL ermittelt mit 430.682,77, in der Planung werden allerdings nur 410.000 eingestellt.

Unterschrift



Sozialausschuss 13.11.2008

Anträge zu Haushaltsplanentwurf 2009:

Nach eingehendem Studium der Haushaltsstellen 41000 bis 73110 können wir feststellen, dass erstmals Fallzahlentwicklungen akzeptiert und nicht ignoriert wurden; allerdings ist das in sehr unterschiedlicher Weise vorgenommen worden. Die Fallzahlsteigerungen reichen von 55 % bis zu - 9,2 % zum Vorjahr. Dabei ist auffällig, dass die Steigerungen sehr undifferenziert vorgenommen werden und hierbei Zielstellungen der Fachwelt sowie der Landes- und Bundesregierung nicht berücksichtigt werden (Rückgang der Fallzahlen in der Suchtkrankenhilfe???, überdimensionale Steigerung in vollstationären Bereichen).
Notwendig wäre hier eine vollständige Sozialplanung.

Einzelpositionen:

41410 – 74100 Bedarf 430 T€ eingestellt 410 T€ ?

41280 – 74670 Bedarf 931 T€ eingestellt 900 T€ ?

Anker Sozialarbeit betreibt seit Februar 2008 eine weitere Tagesstätte „Patchwork“ mit 15 Plätzen entsprechend der Bedarfsentwicklung (15 Plätze x 22 Tage x 53,75 € x 12 Monate = 212.850 €) Diese wurde **wieder wie im Vorjahresplan** nicht in der Planung berücksichtigt.

41410 – 74100 Position Erhöhung um 20 T€ entsprechend des Bedarfs

41280 – 74670 Position Erhöhung um 243.850 € auf 1.143.850 € entsprechend des Bedarfs

Gesamterhöhung des Abschnitts 41000 um 263.850 € entsprechend der Bedarfsentwicklung.

50000 - 59500 Gesundheitsförderung

- Erhöhung um 8.800 €
 - o Präventionsarbeit muss stärker in den Vordergrund gerückt werden, um langfristige Pflichtkosten zu vermeiden
 - o Die Psychiatriekoordination ist mit wichtigen Aufgaben betraut, die eine effiziente Versorgungsstruktur hervorbringen soll
 - o Damit im Zusammenhang steht die dringend notwendige personelle Aufstockung des Sozialpsychiatrischen Dienstes (im Stellenplan 31.4.2)
 - o Aus der o. g. Position kann Psychiatrieplanung (u. U. mit Kosteneinsparungen verbunden) finanziert werden, aufgrund von fehlenden, personellen Kapazitäten aber zurzeit nicht möglich.

Stellenplan:

Zu Position 31.4.2 Psychosoziale Dienste

Lfd. Nr. 55 / 56 Stellennummern 4057-2, 4028-2

Aufstockung um mindestens 2 Vollzeitstellen

Der Sozialpsychiatrische Dienst ist auf dem Papier mit 2,0 Vollzeitstellen besetzt. Lt. Empfehlung des Psychiatrieplanes des Landes M./V. sollte dieser mit 4 Stellen je 100.000 Einwohner besetzt sein.

Die Leiterin des Gesundheitsamtes arbeitet gleichwertig als Leiterin des Sozialpsychiatrischen Dienstes und (nebenbei?) als Psychiatriekoordinatorin. Darüber hinaus nimmt sie seit 1 ½ Jahren die Vertretung der Vollzeitstelle amtsärztlicher Dienst wahr.

Diverse Aufgaben des SpDi könne von diesem schon über Jahre nicht wahrgenommen werden. Daraus resultieren in vielen Bereichen Mehraufwendungen die dort nicht hingehören (z. B. Polizei die ständig mit Zwangseinweisungen u. ä. beschäftigt ist – Aufgabe des SpDi ! ,
Betreuungsbehörde, die Teilaufgaben aufgrund von Nichterreichbarkeit des SpDi übernehmen muss, Beratungsstelle und Casemanagement von Anker Sozialarbeit, die dauernd Beratungs- und Vermittlungsaufgaben (ohne Refinanzierung) statt des SpDi übernehmen muss).

ZGM - Zentrales Gebäudemanagement

Anhand einiger Stichproben der Aufwendungen die das ZGM in zahlreichen Bereichen verursacht befürchten wir einen negativen Trend in der Kostenentwicklung:

21000 – 67550 Grundschulen	1.845 T€	S. 81	Steigerung um 18%
22000 – 67550 Regionalschulen	1.611 T€	S. 84	Steigerung um 20,2%
23000 – 67550 Gymnasien	1.532 T€	S. 87	Steigerung um 19,2%
30010 – 67550 Speicher	49,7% d. Ges.einnahmen	S. 119	Steig. um 13,7%
30020 – 67550 Schlesw.-Holst.-Haus	181% d. Ges.einn.	S. 123	Steig. um 29,6%
40000 – 67550 Sozialamt	278,9 T€	S. 153	
40700 – 67550 Jugendamt	302,6 T€	S. 156	

Der Umfang der Aufwendungen des ZGM für die einzelnen Teilbereiche erscheint unverhältnismäßig hoch und damit nicht vergleichbar mit anderen Anbietern gleicher Leistung. In solchen Unternehmungen wie z. B. den Speicher beträgt der Aufwand für Raum- und Mietkosten in der Regel 6% des Umsatzes ansonsten ist das Unternehmen unwirtschaftlich. Hier beträgt der Anteil 49,7 % des Umsatzes; im Schleswig-Holstein-Haus sogar fast das Doppelte der Einnahmen.

Die Steigerungsraten der Aufwendungen zum Vorjahr betragen zwischen 13,7 und 29,6 %.

Hier liegt die Vermutung nahe, dass die unwirtschaftliche Arbeitsweise des ZGM auf Kosten der einzelnen Bereiche abgewälzt und damit verschleiert werden sollen.

Antrag:

Die Stadtverwaltung soll die Kostenstruktur des ZGM analysieren und anschließend mit mehreren, vergleichbaren Anbietern vergleichen. Hieraus resultierend soll mit dem ZGM eine entsprechende Preisgestaltung verbindlich vereinbart werden.


Peter Baumotte
Behindertenbeirat

Wird von 20.1
ausgefüllt

Behinderterbeirat
Fachausschuss, Ortsbeirat, Fraktion

10.11.08
Datum

an 20.1

Änderungsantrag zum Haushaltsplan-Entwurf 2009
(ausfüllen pro Haushaltsstelle)

- Verwaltungshaushalt
 Vermögenshaushalt

In der Haushaltsstelle 41280-74670 sollte der Hpl-Ansatz 2009 in Höhe von 900 T€ geändert werden auf 1.143.850 €

Die Deckung erfolgt durch folgende Haushaltsstellen:

Haushaltsstelle	Bezeichnung	Hpl-Ansatz in € (bisher)	Hpl-Ansatz in € (neu)	Abweichung +/-

Die Verwendung gilt für folgende Haushaltsstellen:

Haushaltsstelle	Bezeichnung	Hpl-Ansatz in € (bisher)	Hpl-Ansatz in € (neu)	Abweichung +/-
<u>41280-74670</u>	<u>Egl. 9500.Ks.</u>	<u>900.000</u>	<u>1.143.850,-</u>	<u>-243.850,-</u>

Begründung:

Der Bedarf wird im HPL ermittelt mit 931.177,44, in der Planung werden nur 900.000 berücksichtigt.
Bei vorhergehender Bedarfsplanung wurde eine seit Anfang 2008 bestehende Einwirkung vergessen.

Unterschrift



Sozialausschuss 13.11.2008

Anträge zu Haushaltsplanentwurf 2009:

Nach eingehendem Studium der Haushaltsstellen 41000 bis 73110 können wir feststellen, dass erstmals Fallzahlentwicklungen akzeptiert und nicht ignoriert wurden; allerdings ist das in sehr unterschiedlicher Weise vorgenommen worden. Die Fallzahlsteigerungen reichen von 55 % bis zu - 9,2 % zum Vorjahr. Dabei ist auffällig, dass die Steigerungen sehr undifferenziert vorgenommen werden und hierbei Zielstellungen der Fachwelt sowie der Landes- und Bundesregierung nicht berücksichtigt werden (Rückgang der Fallzahlen in der Suchtkrankenhilfe???, überdimensionale Steigerung in vollstationären Bereichen).
Notwendig wäre hier eine vollständige Sozialplanung.

Einzelpositionen:

41410 – 74100 Bedarf 430 T€ eingestellt 410 T€ ?

41280 – 74670 Bedarf 931 T€ eingestellt 900 T€ ?

Anker Sozialarbeit betreibt seit Februar 2008 eine weitere Tagesstätte „Patchwork“ mit 15 Plätzen entsprechend der Bedarfsentwicklung (15 Plätze x 22 Tage x 53,75 € x 12 Monate = 212.850 €) Diese wurde **wieder wie im Vorjahresplan** nicht in der Planung berücksichtigt.

41410 – 74100 Position Erhöhung um 20 T€ entsprechend des Bedarfs

41280 – 74670 Position Erhöhung um 243.850 € auf 1.143.850 € entsprechend des Bedarfs

Gesamterhöhung des Abschnitts 41000 um 263.850 € entsprechend der Bedarfsentwicklung.

50000 - 59500 Gesundheitsförderung

- Erhöhung um 8.800 €
 - o Präventionsarbeit muss stärker in den Vordergrund gerückt werden, um langfristige Pflichtkosten zu vermeiden
 - o Die Psychiatriekoordination ist mit wichtigen Aufgaben betraut, die eine effiziente Versorgungsstruktur hervorbringen soll
 - o Damit im Zusammenhang steht die dringend notwendige personelle Aufstockung des Sozialpsychiatrischen Dienstes (im Stellenplan 31.4.2)
 - o Aus der o. g. Position kann Psychiatrieplanung (u. U. mit Kosteneinsparungen verbunden) finanziert werden, aufgrund von fehlenden, personellen Kapazitäten aber zurzeit nicht möglich.

Stellenplan:

Zu Position 31.4.2 Psychosoziale Dienste

Lfd. Nr. 55 / 56 Stellennummern 4057-2, 4028-2

Aufstockung um mindestens 2 Vollzeitstellen

Der Sozialpsychiatrische Dienst ist auf dem Papier mit 2,0 Vollzeitstellen besetzt. Lt. Empfehlung des Psychiatrieplanes des Landes M./V. sollte dieser mit 4 Stellen je 100.000 Einwohner besetzt sein.

Die Leiterin des Gesundheitsamtes arbeitet gleichwertig als Leiterin des Sozialpsychiatrischen Dienstes und (nebenbei?) als Psychiatriekoordinatorin. Darüber hinaus nimmt sie seit 1 ½ Jahren die Vertretung der Vollzeitstelle amtsärztlicher Dienst wahr.

Diverse Aufgaben des SpDi könne von diesem schon über Jahre nicht wahrgenommen werden. Daraus resultieren in vielen Bereichen Mehraufwendungen die dort nicht hingehören (z. B. Polizei die ständig mit Zwangseinweisungen u. ä. beschäftigt ist – Aufgabe des SpDi ! ,
Betreuungsbehörde, die Teilaufgaben aufgrund von Nichterreichbarkeit des SpDi übernehmen muss, Beratungsstelle und Casemanagement von Anker Sozialarbeit, die dauernd Beratungs- und Vermittlungsaufgaben (ohne Refinanzierung) statt des SpDi übernehmen muss).

ZGM - Zentrales Gebäudemanagement

Anhand einiger Stichproben der Aufwendungen die das ZGM in zahlreichen Bereichen verursacht befürchten wir einen negativen Trend in der Kostenentwicklung:

21000 – 67550 Grundschulen	1.845 T€	S. 81	Steigerung um 18%
22000 – 67550 Regionalschulen	1.611 T€	S. 84	Steigerung um 20,2%
23000 – 67550 Gymnasien	1.532 T€	S. 87	Steigerung um 19,2%
30010 – 67550 Speicher	49,7% d. Ges.einnahmen	S. 119	Steig. um 13,7%
30020 – 67550 Schlesw.-Holst.-Haus	181% d. Ges.einn.	S. 123	Steig. um 29,6%
40000 – 67550 Sozialamt	278,9 T€	S. 153	
40700 – 67550 Jugendamt	302,6 T€	S. 156	

Der Umfang der Aufwendungen des ZGM für die einzelnen Teilbereiche erscheint unverhältnismäßig hoch und damit nicht vergleichbar mit anderen Anbietern gleicher Leistung. In solchen Unternehmungen wie z. B. den Speicher beträgt der Aufwand für Raum- und Mietkosten in der Regel 6% des Umsatzes ansonsten ist das Unternehmen unwirtschaftlich. Hier beträgt der Anteil 49,7 % des Umsatzes; im Schleswig-Holstein-Haus sogar fast das Doppelte der Einnahmen.

Die Steigerungsraten der Aufwendungen zum Vorjahr betragen zwischen 13,7 und 29,6 %.

Hier liegt die Vermutung nahe, dass die unwirtschaftliche Arbeitsweise des ZGM auf Kosten der einzelnen Bereiche abgewälzt und damit verschleiert werden sollen.

Antrag:

Die Stadtverwaltung soll die Kostenstruktur des ZGM analysieren und anschließend mit mehreren, vergleichbaren Anbietern vergleichen. Hieraus resultierend soll mit dem ZGM eine entsprechende Preisgestaltung verbindlich vereinbart werden.


Peter Baumotte
Behindertenbeirat

Wird von 20.1
ausgefüllt

Behinderterbeirat
Fachausschuss, Ortsbeirat, Fraktion

10.11.08
Datum

an 20.1

Änderungsantrag zum Haushaltsplan-Entwurf 2009
(ausfüllen pro Haushaltsstelle)

- Verwaltungshaushalt
 Vermögenshaushalt

In der Haushaltsstelle 50000 - 59500 sollte der Hpl-Ansatz 2009 in Höhe von 7.200,- geändert werden auf 10.000,-

Die Deckung erfolgt durch folgende Haushaltsstellen:

Haushaltsstelle	Bezeichnung	Hpl-Ansatz in € (bisher)	Hpl-Ansatz in € (neu)	Abweichung +/-

Die Verwendung gilt für folgende Haushaltsstellen:

Haushaltsstelle	Bezeichnung	Hpl-Ansatz in € (bisher)	Hpl-Ansatz in € (neu)	Abweichung +/-
<u>50000-59500</u>	<u>Gesundheitsför.</u>	<u>7.200,-</u>	<u>10.000,-</u>	<u>- 8.800,-</u>

Begründung:

<u>siehe Anlage</u>

Unterschrift 

Sozialausschuss 13.11.2008

Anträge zu Haushaltsplanentwurf 2009:

Nach eingehendem Studium der Haushaltsstellen 41000 bis 73110 können wir feststellen, dass erstmals Fallzahlentwicklungen akzeptiert und nicht ignoriert wurden; allerdings ist das in sehr unterschiedlicher Weise vorgenommen worden. Die Fallzahlsteigerungen reichen von 55 % bis zu - 9,2 % zum Vorjahr. Dabei ist auffällig, dass die Steigerungen sehr undifferenziert vorgenommen werden und hierbei Zielstellungen der Fachwelt sowie der Landes- und Bundesregierung nicht berücksichtigt werden (Rückgang der Fallzahlen in der Suchtkrankenhilfe???, überdimensionale Steigerung in vollstationären Bereichen).
Notwendig wäre hier eine vollständige Sozialplanung.

Einzelpositionen:

41410 – 74100 Bedarf 430 T€ eingestellt 410 T€ ?

41280 – 74670 Bedarf 931 T€ eingestellt 900 T€ ?

Anker Sozialarbeit betreibt seit Februar 2008 eine weitere Tagesstätte „Patchwork“ mit 15 Plätzen entsprechend der Bedarfsentwicklung (15 Plätze x 22 Tage x 53,75 € x 12 Monate = 212.850 €) Diese wurde **wieder wie im Vorjahresplan** nicht in der Planung berücksichtigt.

41410 – 74100 Position Erhöhung um 20 T€ entsprechend des Bedarfs

41280 – 74670 Position Erhöhung um 243.850 € auf 1.143.850 € entsprechend des Bedarfs

Gesamterhöhung des Abschnitts 41000 um 263.850 € entsprechend der Bedarfsentwicklung.

50000 - 59500 Gesundheitsförderung

- Erhöhung um 8.800 €
 - o Präventionsarbeit muss stärker in den Vordergrund gerückt werden, um langfristige Pflichtkosten zu vermeiden
 - o Die Psychiatriekoordination ist mit wichtigen Aufgaben betraut, die eine effiziente Versorgungsstruktur hervorbringen soll
 - o Damit im Zusammenhang steht die dringend notwendige personelle Aufstockung des Sozialpsychiatrischen Dienstes (im Stellenplan 31.4.2)
 - o Aus der o. g. Position kann Psychiatrieplanung (u. U. mit Kosteneinsparungen verbunden) finanziert werden, aufgrund von fehlenden, personellen Kapazitäten aber zurzeit nicht möglich.

Stellenplan:

Zu Position 31.4.2 Psychosoziale Dienste

Lfd. Nr. 55 / 56 Stellennummern 4057-2, 4028-2

Aufstockung um mindestens 2 Vollzeitstellen

Der Sozialpsychiatrische Dienst ist auf dem Papier mit 2,0 Vollzeitstellen besetzt. Lt. Empfehlung des Psychiatrieplanes des Landes M./V. sollte dieser mit 4 Stellen je 100.000 Einwohner besetzt sein.

Die Leiterin des Gesundheitsamtes arbeitet gleichwertig als Leiterin des Sozialpsychiatrischen Dienstes und (nebenbei?) als Psychiatriekoordinatorin. Darüber hinaus nimmt sie seit 1 ½ Jahren die Vertretung der Vollzeitstelle amtsärztlicher Dienst wahr.

Diverse Aufgaben des SpDi könne von diesem schon über Jahre nicht wahrgenommen werden. Daraus resultieren in vielen Bereichen Mehraufwendungen die dort nicht hingehören (z. B. Polizei die ständig mit Zwangseinweisungen u. ä. beschäftigt ist – Aufgabe des SpDi ! ,
Betreuungsbehörde, die Teilaufgaben aufgrund von Nichterreichbarkeit des SpDi übernehmen muss, Beratungsstelle und Casemanagement von Anker Sozialarbeit, die dauernd Beratungs- und Vermittlungsaufgaben (ohne Refinanzierung) statt des SpDi übernehmen muss).

ZGM - Zentrales Gebäudemanagement

Anhand einiger Stichproben der Aufwendungen die das ZGM in zahlreichen Bereichen verursacht befürchten wir einen negativen Trend in der Kostenentwicklung:

21000 – 67550 Grundschulen	1.845 T€	S. 81	Steigerung um 18%
22000 – 67550 Regionalschulen	1.611 T€	S. 84	Steigerung um 20,2%
23000 – 67550 Gymnasien	1.532 T€	S. 87	Steigerung um 19,2%
30010 – 67550 Speicher	49,7% d. Ges.einnahmen	S. 119	Steig. um 13,7%
30020 – 67550 Schlesw.-Holst.-Haus	181% d. Ges.einn.	S. 123	Steig. um 29,6%
40000 – 67550 Sozialamt	278,9 T€	S. 153	
40700 – 67550 Jugendamt	302,6 T€	S. 156	

Der Umfang der Aufwendungen des ZGM für die einzelnen Teilbereiche erscheint unverhältnismäßig hoch und damit nicht vergleichbar mit anderen Anbietern gleicher Leistung. In solchen Unternehmungen wie z. B. den Speicher beträgt der Aufwand für Raum- und Mietkosten in der Regel 6% des Umsatzes ansonsten ist das Unternehmen unwirtschaftlich. Hier beträgt der Anteil 49,7 % des Umsatzes; im Schleswig-Holstein-Haus sogar fast das Doppelte der Einnahmen.

Die Steigerungsraten der Aufwendungen zum Vorjahr betragen zwischen 13,7 und 29,6 %.

Hier liegt die Vermutung nahe, dass die unwirtschaftliche Arbeitsweise des ZGM auf Kosten der einzelnen Bereiche abgewälzt und damit verschleiert werden sollen.

Antrag:

Die Stadtverwaltung soll die Kostenstruktur des ZGM analysieren und anschließend mit mehreren, vergleichbaren Anbietern vergleichen. Hieraus resultierend soll mit dem ZGM eine entsprechende Preisgestaltung verbindlich vereinbart werden.


Peter Baumotte
Behindertenbeirat

Wird von 20.1
ausgefüllt

Behinderterheirat
Fachausschuss, Ortsbeirat, Fraktion

10.11.08
Datum

an 20.1

Änderungsantrag zum Haushaltsplan-Entwurf 2009
(ausfüllen pro Haushaltsstelle)

- Verwaltungshaushalt
 Vermögenshaushalt

Stellenplan

31.4.2 Psychosoziale Dienste

In der Haushaltsstelle sollte der Hpl-Ansatz 2009 in Höhe von geändert

werden auf *zu Stellennummern 4057-2*
4028-2

Die Deckung erfolgt durch folgende Haushaltsstellen:

Haushaltsstelle	Bezeichnung	Hpl-Ansatz in € (bisher)	Hpl-Ansatz in € (neu)	Abweichung +/-

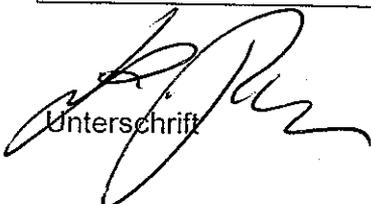
Die Verwendung gilt für folgende Haushaltsstellen:

Haushaltsstelle	Bezeichnung	Hpl-Ansatz in € (bisher)	Hpl-Ansatz in € (neu)	Abweichung +/-
	<i>Aufstockung des Sozialpsychiatrischen Dienstes um 2 Personalstellen</i>			

Begründung:

Siehe Anlage

Unterschrift



Sozialausschuss 13.11.2008

Anträge zu Haushaltsplanentwurf 2009:

Nach eingehendem Studium der Haushaltsstellen 41000 bis 73110 können wir feststellen, dass erstmals Fallzahlentwicklungen akzeptiert und nicht ignoriert wurden; allerdings ist das in sehr unterschiedlicher Weise vorgenommen worden. Die Fallzahlsteigerungen reichen von 55 % bis zu - 9,2 % zum Vorjahr. Dabei ist auffällig, dass die Steigerungen sehr undifferenziert vorgenommen werden und hierbei Zielstellungen der Fachwelt sowie der Landes- und Bundesregierung nicht berücksichtigt werden (Rückgang der Fallzahlen in der Suchtkrankenhilfe???, überdimensionale Steigerung in vollstationären Bereichen).
Notwendig wäre hier eine vollständige Sozialplanung.

Einzelpositionen:

41410 – 74100 Bedarf 430 T€ eingestellt 410 T€ ?

41280 – 74670 Bedarf 931 T€ eingestellt 900 T€ ?

Anker Sozialarbeit betreibt seit Februar 2008 eine weitere Tagesstätte „Patchwork“ mit 15 Plätzen entsprechend der Bedarfsentwicklung (15 Plätze x 22 Tage x 53,75 € x 12 Monate = 212.850 €) Diese wurde **wieder wie im Vorjahresplan** nicht in der Planung berücksichtigt.

41410 – 74100 Position Erhöhung um 20 T€ entsprechend des Bedarfs

41280 – 74670 Position Erhöhung um 243.850 € auf 1.143.850 € entsprechend des Bedarfs

Gesamterhöhung des Abschnitts 41000 um 263.850 € entsprechend der Bedarfsentwicklung.

50000 - 59500 Gesundheitsförderung

- Erhöhung um 8.800 €
 - o Präventionsarbeit muss stärker in den Vordergrund gerückt werden, um langfristige Pflichtkosten zu vermeiden
 - o Die Psychiatriekoordination ist mit wichtigen Aufgaben betraut, die eine effiziente Versorgungsstruktur hervorbringen soll
 - o Damit im Zusammenhang steht die dringend notwendige personelle Aufstockung des Sozialpsychiatrischen Dienstes (im Stellenplan 31.4.2)
 - o Aus der o. g. Position kann Psychiatrieplanung (u. U. mit Kosteneinsparungen verbunden) finanziert werden, aufgrund von fehlenden, personellen Kapazitäten aber zurzeit nicht möglich.

Stellenplan:

Zu Position 31.4.2 Psychosoziale Dienste

Lfd. Nr. 55 / 56 Stellennummern 4057-2, 4028-2

Aufstockung um mindestens 2 Vollzeitstellen

Der Sozialpsychiatrische Dienst ist auf dem Papier mit 2,0 Vollzeitstellen besetzt. Lt. Empfehlung des Psychiatriepflichtgesetzes des Landes M./V. sollte dieser mit 4 Stellen je 100.000 Einwohner besetzt sein.

Die Leiterin des Gesundheitsamtes arbeitet gleichwertig als Leiterin des Sozialpsychiatrischen Dienstes und (nebenbei?) als Psychiatriekoordinatorin. Darüber hinaus nimmt sie seit 1 ½ Jahren die Vertretung der Vollzeitstelle amtsärztlicher Dienst wahr.

Diverse Aufgaben des SpDi könne von diesem schon über Jahre nicht wahrgenommen werden. Daraus resultieren in vielen Bereichen Mehraufwendungen die dort nicht hingehören (z. B. Polizei die ständig mit Zwangseinweisungen u. ä. beschäftigt ist – Aufgabe des SpDi ! ,
Betreuungsbehörde, die Teilaufgaben aufgrund von Nichterreichbarkeit des SpDi übernehmen muss, Beratungsstelle und Casemanagement von Anker Sozialarbeit, die dauernd Beratungs- und Vermittlungsaufgaben (ohne Refinanzierung) statt des SpDi übernehmen muss).

ZGM - Zentrales Gebäudemanagement

Anhand einiger Stichproben der Aufwendungen die das ZGM in zahlreichen Bereichen verursacht befürchten wir einen negativen Trend in der Kostenentwicklung:

21000 – 67550 Grundschulen	1.845 T€	S. 81	Steigerung um 18%
22000 – 67550 Regionalschulen	1.611 T€	S. 84	Steigerung um 20,2%
23000 – 67550 Gymnasien	1.532 T€	S. 87	Steigerung um 19,2%
30010 – 67550 Speicher	49,7% d. Ges.einnahmen	S. 119	Steig. um 13,7%
30020 – 67550 Schlesw.-Holst.-Haus	181% d. Ges.einn.	S. 123	Steig. um 29,6%
40000 – 67550 Sozialamt	278,9 T€	S. 153	
40700 – 67550 Jugendamt	302,6 T€	S. 156	

Der Umfang der Aufwendungen des ZGM für die einzelnen Teilbereiche erscheint unverhältnismäßig hoch und damit nicht vergleichbar mit anderen Anbietern gleicher Leistung. In solchen Unternehmungen wie z. B. den Speicher beträgt der Aufwand für Raum- und Mietkosten in der Regel 6% des Umsatzes ansonsten ist das Unternehmen unwirtschaftlich. Hier beträgt der Anteil 49,7 % des Umsatzes; im Schleswig-Holstein-Haus sogar fast das Doppelte der Einnahmen.

Die Steigerungsraten der Aufwendungen zum Vorjahr betragen zwischen 13,7 und 29,6 %.

Hier liegt die Vermutung nahe, dass die unwirtschaftliche Arbeitsweise des ZGM auf Kosten der einzelnen Bereiche abgewälzt und damit verschleiert werden sollen.

Antrag:

Die Stadtverwaltung soll die Kostenstruktur des ZGM analysieren und anschließend mit mehreren, vergleichbaren Anbietern vergleichen. Hieraus resultierend soll mit dem ZGM eine entsprechende Preisgestaltung verbindlich vereinbart werden.


Peter Baumotte
Behindertenbeirat

Die Leiterin des Gesundheitsamtes arbeitet gleichwertig als Leiterin des Sozialpsychiatrischen Dienstes und (nebenbei?) als Psychiatriekoordinatorin. Darüber hinaus nimmt sie seit 1 ½ Jahren die Vertretung der Vollzeitstelle amtsärztlicher Dienst wahr.

Diverse Aufgaben des SpDi könne von diesem schon über Jahre nicht wahrgenommen werden. Daraus resultieren in vielen Bereichen Mehraufwendungen die dort nicht hingehören (z. B. Polizei die ständig mit Zwangseinweisungen u. ä. beschäftigt ist – Aufgabe des SpDi ! , Betreuungsbehörde, die Teilaufgaben aufgrund von Nichterreichbarkeit des SpDi übernehmen muss, Beratungsstelle und Casemanagement von Anker Sozialarbeit, die dauernd Beratungs- und Vermittlungsaufgaben (ohne Refinanzierung) statt des SpDi übernehmen muss).

ZGM - Zentrales Gebäudemanagement

Behindertenbeirat

Anhand einiger Stichproben der Aufwendungen die das ZGM in zahlreichen Bereichen verursacht befürchten wir einen negativen Trend in der Kostenentwicklung:

21000 – 67550 Grundschulen	1.845 T€	S. 81	Steigerung um 18%
22000 – 67550 Regionalschulen	1.611 T€	S. 84	Steigerung um 20,2%
23000 – 67550 Gymnasien	1.532 T€	S. 87	Steigerung um 19,2%
30010 – 67550 Speicher	49,7% d. Ges.einnahmen	S. 119	Steig. um 13,7%
30020 – 67550 Schlesw.-Holst.-Haus	181% d. Ges.einn.	S. 123	Steig. um 29,6%
40000 – 67550 Sozialamt	278,9 T€	S. 153	
40700 – 67550 Jugendamt	302,6 T€	S. 156	

Der Umfang der Aufwendungen des ZGM für die einzelnen Teilbereiche erscheint unverhältnismäßig hoch und damit nicht vergleichbar mit anderen Anbietern gleicher Leistung. In solchen Unternehmungen wie z. B. den Speicher beträgt der Aufwand für Raum- und Mietkosten in der Regel 6% des Umsatzes ansonsten ist das Unternehmen unwirtschaftlich. Hier beträgt der Anteil 49,7 % des Umsatzes; im Schleswig-Holstein-Haus sogar fast das Doppelte der Einnahmen.

Die Steigerungsraten der Aufwendungen zum Vorjahr betragen zwischen 13,7 und 29,6 %.

Hier liegt die Vermutung nahe, dass die unwirtschaftliche Arbeitsweise des ZGM auf Kosten der einzelnen Bereiche abgewälzt und damit verschleiert werden sollen.

Antrag:

Die Stadtverwaltung soll die Kostenstruktur des ZGM analysieren und anschließend mit mehreren, vergleichbaren Anbietern vergleichen. Hieraus resultierend soll mit dem ZGM eine entsprechende Preisgestaltung verbindlich vereinbart werden.


Peter Baumotte
Behindertenbeirat

EINGEGANGEN
18. Nov. 2008
Finanzverwaltungsamt

Wird von 20.1
ausgefüllt

Ausschuss Kultur, Schule und Sport

Fachausschuss, Ortsbeirat, Fraktion

~~08.10.2008~~
12.11.2008
Datum

an 20.1

Änderungsantrag zum Haushaltsplan-Entwurf 2009
(ausfüllen pro Haushaltsstelle)

- Verwaltungshaushalt
- Vermögenshaushalt

In der Haushaltsstelle 21000, 63000 sollte der Hpl-Ansatz 2009 in Höhe von 20.000 Euro geändert werden auf 25.000

Die Deckung erfolgt durch folgende Haushaltsstellen:

*Ein Deckungsvorschlag wird vom
Finanzausschuss erachtet.*

Haushaltsstelle	Bezeichnung	Hpl-Ansatz in € (bisher)	Hpl-Ansatz in € (neu)	Abweichung +/-

Die Verwendung gilt für folgende Haushaltsstellen:

Haushaltsstelle	Bezeichnung	Hpl-Ansatz in € (bisher)	Hpl-Ansatz in € (neu)	Abweichung +/-
<u>21.010, 63000</u>	<u>Unterrichts- und Lehrmittel</u>	<u>20.000 €</u>	<u>25.000 €</u>	<u>+ 5.000 €</u>

Begründung:

Unterschrift

Wird von 20.1 ausgefüllt

Ausschuss Kultur, Schule und Sport

Fachausschuss, Ortsbeirat, Fraktion

~~08.10.2008~~
12.11.2008
Datum

an 20.1

Änderungsantrag zum Haushaltsplan-Entwurf 2009
(ausfüllen pro Haushaltsstelle)

- Verwaltungshaushalt
- Vermögenshaushalt

In der Haushaltsstelle ~~22.000, 63.000~~ sollte der Hpl-Ansatz 2009 in Höhe von ~~30.000~~ Euro geändert werden auf ~~35.000 €~~

Ein Deckungsversuch wird vom Finanzausschuss erarbeitet.

Die Deckung erfolgt durch folgende Haushaltsstellen:

Haushaltsstelle	Bezeichnung	Hpl-Ansatz in € (bisher)	Hpl-Ansatz in € (neu)	Abweichung +/-

Die Verwendung gilt für folgende Haushaltsstellen:

Haushaltsstelle	Bezeichnung	Hpl-Ansatz in € (bisher)	Hpl-Ansatz in € (neu)	Abweichung +/-
22000-63000	<i>Verkehrs- und Wohnmittel</i>	30.000,-	35.000,-	+ 5.000,-

Begründung:

Unterschrift

Wird von 20.1
ausgefüllt

DIE LINKE
Fachausschuss, Ortsbeirat, Fraktion

18.11.2008
Datum

an 20.1

Änderungsantrag zum Haushaltsplan-Entwurf 2009
(ausfüllen pro Haushaltsstelle)

- Verwaltungshaushalt
 Vermögenshaushalt

In der Haushaltsstelle ^{58100.} ~~67520~~ sollte der Hpl-Ansatz 2009 in Höhe von geändert werden auf ^{2.563.400 €} ~~2.457.400 €~~

Die Deckung erfolgt durch folgende Haushaltsstellen: *Erhöhung Anschlussbedarf*

Haushaltsstelle	Bezeichnung	Hpl-Ansatz in € (bisher)	Hpl-Ansatz in € (neu)	Abweichung +/-

Die Verwendung gilt für folgende Haushaltsstellen:

Haushaltsstelle	Bezeichnung	Hpl-Ansatz in € (bisher)	Hpl-Ansatz in € (neu)	Abweichung +/-
58100.67520	Erhaltung öff. Grün	2.457.400	2.563.400	+106.000

Begründung: *Im BUA-GA-Jahr 2009 soll die Notwendigkeit Rechnung getragen werden, die Grünfläche im Stadtgebiet, z.B. Eingangsbereiche, zu verbessern.*

Unterschrift i. V. *Storalf Pauli*

Wird von 20.1
ausgefüllt

Ortsbeirat Krebsförden
Fachausschuss, Ortsbeirat, Fraktion

13.11.2008
Datum

an 20.1

Änderungsantrag zum Haushaltsplan-Entwurf 2009
(ausfüllen pro Haushaltsstelle)

- Verwaltungshaushalt
 Vermögenshaushalt

In der Haushaltsstelle sollte der Hpl-Ansatz 2009 in Höhe von geändert
werden auf Förderung Stadtteiltreff Krebsförden
Anlage Antrag des Ortsbeirates

Die Deckung erfolgt durch folgende Haushaltsstellen:

Haushaltsstelle	Bezeichnung	Hpl-Ansatz in € (bisher)	Hpl-Ansatz in € (neu)	Abweichung +/-

Die Verwendung gilt für folgende Haushaltsstellen:

Haushaltsstelle	Bezeichnung	Hpl-Ansatz in € (bisher)	Hpl-Ansatz in € (neu)	Abweichung +/-

Begründung:

R Woywode

Unterschrift
Vorsitzender des OBR

1. Introduction

2. Methodology

3. Results and Discussion

4. Conclusion

**Stadtvertretung
der Landeshauptstadt
Schwerin**

Tagesordnungspunkt

öffentlich

nicht öffentlich

--

Datum: 13. 11. 2008

**Antrag
Drucksache Nr.**

--

Antragsteller

Ortsbeirat
Krebsförden

Bearbeiter: Woywode

Telefon: 612451

Beratung und Beschlussfassung für die Haushaltsberatung

Fachausschuss für

- Finanzen und Rechnungsprüfung Hauptausschuss Stadtvertretung
- Bauen, Ordnung, Umwelt und Stadtentwicklung
- Wirtschaftsförderung, Tourismus und Liegenschaften
- Soziales und Wohnen
- Kultur, Sport und Schule
- Verwaltungsmodernisierung und Umlandbeziehungen
-

Beschluss am:

Betreff

Förderung des Stadteiltreffs Krebsförden 2009

Beschlussvorschlag

Die Stadtvertretung möge beschließen:
Der Stadteiltreff Krebsförden erhält 2009 die gleiche Förderung wie 2008, um die Umsetzung des Stadtvertreterbeschlusses zu einem generationsübergreifenden Stadteiltreff durch den Träger Caritas Mecklenburg e.V. Kreisverband Westmecklenburg weiter zu gewährleisten. Die Gesamtförderung setzt sich zusammen aus dem Zuschuss von 53900 € an die Caritas Schwerin (HST 4600071604) und dem Zuschuss für eine Personalstelle von 0,5 VE (25500 €) an die Kath. Jugend aus der HST 45210 Jugendsozialarbeit.

Begründung

Auf der Grundlage einer Kooperationsvereinbarung arbeiten im Stadtteiltreff die Caritas Schwerin, die Katholische Jugend der Propsteigemeinde St Anna und die Neumühler Schule Sekundarbereich Krebsförden zusammen.

Vom Ortsbeirat wurde bereits 2005 eine Zusammenlegung des Caritas-Jugendhauses und der Diakonie-Begegnungsstätte zu einem generationsübergreifenden Stadtteilzentrum befürwortet, um die Finanzmittel sparsamer und effektiver einzusetzen (DS 481/2005). Dies brachte die Einsparung von zwei Personalstellen und von Sachkosten.

Einiges konnte durch den Einsatz von ehrenamtlichen Helfer kompensiert werden. Dies gelingt im Seniorenbereich, ist aber im Jugendbereich so nicht machbar.

2007 ging die Diakonie-Begegnungsstätte „aus dem Boot“ und wurde vom Jugendamt durch eine 0,5 Personalstelle der Katholischen Jugend ausgeglichen.

Der OBR bewertete in seinem Beschluss zum Haushalt 2008 den Ansatz für ausreichend, die Sachkosten sind sehr eng bemessen und müssen durch Projektförderung und Sponsoren aufgebessert werden. Dies gelang im laufenden Jahr gut.

Eine Fördersumme wie 2008 ist für die soziale Infrastruktur im Stadtteil Krebsförden auch 2009 und die weiteren Jahre notwendig, um eine gemeinwesenorientierte Stadtteilarbeit speziell in der Großwohnsiedlung bedarfsgerecht zu sichern.

nur auszufüllen bei haushaltswirksamen Beschlüssen

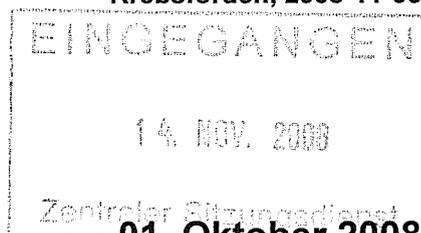
Mehrausgaben / Mindereinnahmen in der Haushaltsstelle:

Deckungsvorschlag:

Mehreinnahmen/Minderausgaben in der Haushaltsstelle:

R Woywode
Vorsitzender des OBR

Protokollauszug



Sitzungsprotokoll

40. Ortsbeiratssitzung

19:00 Uhr bis 21:45 Uhr

01. Oktober 2008

Min Hüsung

anwesende Mitglieder:

- | | | |
|---|---------------|-----------|
| <input checked="" type="checkbox"/> Robert Woywode | Vorsitzender | |
| <input checked="" type="checkbox"/> Horst-Hilmar Gutschmidt | Stellv. Vors. | |
| <input type="checkbox"/> Wolfgang Wilke | | . entsch. |
| <input checked="" type="checkbox"/> Klaus Marksteiner | | |
| <input checked="" type="checkbox"/> Birgit Trübe | | |
| <input checked="" type="checkbox"/> Jan Szymik | | |
| <input checked="" type="checkbox"/> Dr. Siegfried Pahl | | |

stellv. Mitglieder

- | |
|---|
| <input type="checkbox"/> Jens Ludwig |
| <input type="checkbox"/> Heike Miegel |
| <input checked="" type="checkbox"/> Hanns-Axel Nossek |
| <input type="checkbox"/> Andreas Bahr |
| <input type="checkbox"/> Melitta Zwergk |
| <input type="checkbox"/> |
| <input type="checkbox"/> Evelyn Pahl |

1. Eröffnung

Herr Jähnig Präsident des Schulträgervereins begrüßte die Mitglieder des OBR in der Neumühler Schule Krebsförden und zeigt beim Rundgang durch den Pavillon und die Klassenräume die Veränderungen seit dem Anfang vor zwei Jahren.

Der Vorsitzende eröffnete danach die Sitzung. Die Beschlussfähigkeit des OBR und die ordnungsgemäße Ladung zur 40. Sitzung wurden festgestellt.

Er bedankte sich beim Ehepaar Jähnig, dass der OBR in der Schule zu tagen und für die technische Hilfe bei der Beratung zu Top 5 und 6 durch Herrn Schröder. Zu diesen Punkten wurde auch Frau Böhme, die Leiterin des Stadtteiltreffs begrüßt.

2. Beschluss der Tagesordnung

Die vorgeschlagene TO wurde bestätigt. Punkt 5 und 6 wurden zusammen behandelt.

5. Haushaltsplanentwurf 2009

6. Haushaltssicherungskonzept 2008-2020, 1. Fortschreibung 2009

Als Mitglied im Finanzausschuss der StV informierte Frau Trübe an Hand der Präsentation über die Haushaltsplanung und über das Haushaltssicherungskonzept 2009, wobei der Vorsitzende die den Stadtteil betreffende Zuweisungen ergänzte.

Durch Herrn Gutschmidt wurde nachgefragt, wie die ständig steigende Verschuldung der Landeshauptstadt abgebaut werden soll. Herr Nossek fragte nach, wie hoch die eigenen Einnahmen der Landeshauptstadt ohne Zuweisungen des Bundes und des Landes sind. Zu beiden Fragen konnte Frau Trübe keine Angaben machen.

Anfrage an die Verwaltung: Der OBR bittet hier um eine Information.

Schwerpunktmäßig für den Stadtteil wurde aus den Angemeldeten Maßnahmen 2009/10 (siehe Blatt10) die Vorplanung zur Erneuerung der Dorfstraße besprochen.

Mit Bestürzung wurde aufgenommen, dass kein Zuschuss für den Stadtteiltreff (HST 4600071604) eingestellt ist. Ob ein Fehler vorliegt, konnte nicht geklärt werden.

Beschluss des OBR::

1. Wegen der Nichtförderung des Stadtteiltreff kann dem Haushaltsplanentwurf 2009 und dem Haushaltssicherungskonzept 2008-2020, 1. Fortschreibung 2009 nicht zugestimmt werden.
2. Der OBR stellt einen Antrag auf Förderung des Stadtteiltreffs auf dem Niveau 2008.
3. Der Ortsbeirat bittet um einen Termin bei der Oberbürgermeisterin Frau Gramkow zu dieser Problematik.

Abstimmung 7/0/0

gez R. Woywode
Vorsitzender

gez. A. Nossek
Schriftführer

Anträge der Ausschüsse, Fraktionen und Ortsbeiräte zum Haushaltsplanentwurf 2009 Vermögenshaushalt

lfd. Nr.	Haushaltsstelle	Bezeichnung d. Haushaltsstelle	beantragt von	bisher €	neu €	Veränderg. z. Hpl-Entwurf 2009 €	Votum FA	Votum HA	Auswirkung auf PE 2009
1.	63000.95321	Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung Aufpflasterung vor John-Brinkmann-Schule u. Kita Hopfenbruchweg	OB Weststadt	0					
2.	63000	Sanierung Schelfstr.	OB Schelfstadt, Werdervorstadt, Schelfwerder	0					
3.	63000	Sanierung Güstrowerstr.	OB Schelfstadt, Werdervorstadt, Schelfwerder	0					
4.	63000	Radweg Schweriner Innensee	OB Wickendorf	0					
5.		Sanierung Grundschule "H:Heinrich"	SPD Fraktion	0	450.000	450.000			
6.		Sanierung Grundschule "H:Heinrich"	SPD Fraktion	0	450.000 VE	450.000			
7.	35200.96500	Sanierung Stadtbibliothek	SPD Fraktion	250.000	0	-250.000			
8.	36000.95000	Revitalisierung Siebendorfer Moor	SPD Fraktion	145.000	0	-145.000			
9.	88100.93200	Ankauf von Grundstücken	SPD Fraktion	382.000	300.000	-82.000			

Änderungsantrag zum Haushaltsplan-Entwurf 2009

1. Vermögenshaushalt

95 321 Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung

Ergänzen: Aufpflasterung vor der John-Brinkman-Schule und der Kita

Hopfenbruchweg

Gesamtbedarf: ? €

2. Verwaltungshaushalt

57 110 Freibäder

Für die Badestelle Lankower See Südufer ist kein Ansatz enthalten für

-die Pflege der Aussenanlagen

-die Toiletten

-die Wasserwacht

Ständig wiederkehrende Schreiben an die Stadtverwaltung und Anträge an die Stadtvertretung weisen die Dringlichkeit einer Lösung dieser Probleme nach.

Gez. Peter Schult

Thoms, Brigitte

Von: Schulz, Gabriele
Gesendet: Freitag, 7. November 2008 08:55
An: Thoms, Brigitte
Betreff: Ortsbeirat Schelfstadt, Werdervorstadt, Schelfwerder

Hallo Frau Thoms,

das HaKo ist nicht damit gemeint. Sicher meint der Ortsbeirat den Haushalt.

Mit freundlichen Grüßen

Gabriele Schulz

-----Ursprüngliche Nachricht-----

Von: Claudia Friedrich [mailto:cfriedrich.sn@gmx.de]
Gesendet: Dienstag, 28. Oktober 2008 16:58
An: Schulz, Gabriele
Betreff: HaKo

Sehr geehrte Frau Schulz,
sehr geehrte Damen und Herren,

der Ortsbeirat Schelfstadt, Werdervorstadt, Schelfwerder möchte zum HaKo folgende Anmerkungen machen:

- die geplante Sanierungsmaßnahme, Sanierung der Schelfstraße, sollten berücksichtigt werden und die Mittel in den Haushalt eingestellt werden.
- Mittel für Sanierung der Güstrower Str. ebenfalls in den Haushalt mit aufgenommen werden

Mit freundlichen Grüßen

Claudia Friedrich

--
Der GMX SmartSurfer hilft bis zu 70% Ihrer Onlinekosten zu sparen!
Ideal für Modem und ISDN: <http://www.gmx.net/de/go/smartsurfer>

Thoms, Brigitte

Von: Schulz, Gabriele
Gesendet: Mittwoch, 12. November 2008 17:20
An: Thoms, Brigitte; Hoffmann, Kathrin; Timper, Simone
Betreff: Ortsbeirat Wickendorf - Antrag für das Haushaltsjahr 2009

Sehr geehrte Damen,

der Ortsbeirat Wickendorf hat folgenden Antrag für das Haushaltsjahr 2009 in seiner Ortsbeiratssitzung beschlossen:
Der Radweg am Schweriner Innensee soll vom Wendenhof bis zum Frankenhorst weitergeführt werden.

Mit freundlichen Grüßen

Gabriele Schulz

Wird von 20.1
ausgefüllt

SPD-Fraktion

Fachausschuss, Ortsbeirat, Fraktion

Datum 10.11.2008

an 20.1

Änderungsantrag zum Haushaltsplan-Entwurf 2009
(ausfüllen pro Haushaltsstelle)

- Verwaltungshaushalt
- Vermögenshaushalt

Schaffung einer Haushaltsstelle für die Sanierung der Grundschule „Heinrich Heine“

Die Deckung erfolgt durch folgende Haushaltsstellen:

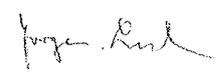
Haushaltsstelle	Bezeichnung	Hpl-Ansatz in € (bisher)	Hpl-Ansatz in € (neu)	Abweichung +/-
35200.96500	Sanierung Stadtbibliothek	250.000€	0€	-250.000€
3600.95000	Revitalisierung Siebendorfer Moor	145.000€	0€	-145.000€
88100.93200	Ankauf von Grundstücken	382.000€	300.000€	-82.000€

Die Verwendung gilt für folgende Haushaltsstellen:

Haushaltsstelle	Bezeichnung	Hpl-Ansatz in € (bisher)	Hpl-Ansatz in € (neu)	Abweichung +/-
	Sanierung Grundschule „Heinrich Heine“	0€	450.000€	450.000€
	VE für 2009	0€	450.000€	450.000€

Begründung:

Die Grundschule ist nach Schulnetzplanung langfristig als wichtiger Standort vorgesehen, es besteht jedoch ein dringender Sanierungsbedarf. Da die Schule im Sanierungsgebiet liegt und damit Fördermittel eingesetzt werden können, sollte diese Sanierung oberste Priorität haben.



Unterschrift